

Hollenweger Haskell, Judith; Weidinger, Wiltrud
In Frieden lernen. Gegen Diskriminierung an Zürcher Schulen

Journal für LehrerInnenbildung 25 (2025) 4, S. 90-99



Quellenangabe/ Reference:

Hollenweger Haskell, Judith; Weidinger, Wiltrud: In Frieden lernen. Gegen Diskriminierung an Zürcher Schulen - In: Journal für LehrerInnenbildung 25 (2025) 4, S. 90-99 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-347090 - DOI: 10.25656/01:34709; 10.35468/jlb-04-2025-07

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-347090>

<https://doi.org/10.25656/01:34709>

in Kooperation mit / in cooperation with:



<http://www.klinkhardt.de>

Nutzungsbedingungen

Dieses Dokument steht unter folgender Creative Commons-Lizenz: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/deed.de> - Sie dürfen das Werk bzw. den Inhalt unter folgenden Bedingungen vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen sowie Abwandlungen und Bearbeitungen des Werkes bzw. Inhaltes anfertigen: Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen. Dieses Werk bzw. der Inhalt darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden. Die neu entstandenen Werke bzw. Inhalte dürfen nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergegeben werden, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

This document is published under following Creative Commons-License:

<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/deed.en> - You may copy, distribute and transmit, adapt or exhibit the work in the public and alter, transform or change this work as long as you attribute the work in the manner specified by the author or licensor. You are not allowed to make commercial use of the work. If you alter, transform, or change this work in any way, you may distribute the resulting work only under this or a comparable license.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipt.de
Internet: www.pedocs.de

Antidemokratische Positionen

Bibliografie:

Judith Hollenweger und
Wiltrud Weidinger (2025).
In Frieden lernen.

Gegen Diskriminierung an Zürcher Schulen.
journal für lehrerInnenbildung, 25 (4), 90–99.
<https://doi.org/10.35468/jlb-04-2025-07>

Gesamtausgabe online unter:

<http://www.jlb-journallehrerinnenbildung.net>
<https://doi.org/10.35468/jlb-04-2025>

ISSN 2629-4982

journal für lehrerInnenbildung
j l b
no.4
2025

*Judith Hollenweger und
Wiltrud Weidinger*

In Frieden lernen.
Gegen Diskriminierung
an Zürcher Schulen

Abstract • Der Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 und der Krieg in Gaza führten auch in Zürcher Schulen zu Spannungen entlang religiöser Identitäten. Das Projekt „In Frieden lernen“, getragen von Bildungsdirektion, Stadt Zürich, PH Zürich und zivilgesellschaftlichen Partnern, stärkt Schulen als Orte von Toleranz, Dialog und Konfliktfähigkeit. Basierend auf universalisierbaren Werten und partizipativer Co-Creation entwickelt es Orientierungshilfen, praxisorientierte Materialien, Weiterbildung und Strukturen für ein sicheres, respektvolles Miteinander.

Schlagworte/Keywords • Diskriminierung, Rassismus, Schule, Bildungsprojekt, Frieden

Anlass

Die Ereignisse des 7. Oktober 2023 – der Angriff der Hamas und das anschließende Kriegsgeschehen in Gaza – haben weltweit zu gesellschaftlichen Spannungen beigetragen, die auch in den Schulen des Kantons Zürich spürbar wurden. Im Jahr 2024 führten Vorfälle im öffentlichen Raum, Auseinandersetzungen in Bildungseinrichtungen und die in der Folge eingeleiteten politischen Schritte zu einer neuen Sensibilität gegenüber Spannungen entlang religiöser Zugehörigkeiten, die durch extremistische Haltungen das friedliche Miteinander in Zürcher Schulen gefährden. Im November 2023 tauchten antisemitische Schmierereien an Schulhäusern auf (Krähenbühl & Janssen, 2023), wo auch jüdische Kinder zur Schule gehen. Anfang März 2024 wurde in Zürich ein orthodox-jüdischer Mann von einem 15-jährigen, arabischstämmigen Schweizer mutmaßlich aus antisemitischen Motiven niedergestochen – der Täter bekannte sich laut Zeugenaussagen zu islamistischen Parolen und Hass gegen Juden (Baumgartner et al., 2024). In einem Zürcher Schulhaus spitzte sich ein interner Konflikt im Lehrer*innenteam zu, als jüdische Lehrpersonen nach dem Hamas-Angriff am 7. Oktober 2023 ihre Betroffenheit teilten und daraufhin auf mangelndes Mitgefühl, Relativierungen und mutmaßlich antisemitische Äußerungen stießen (Donzé, 2024). Der Konflikt gelangte in die Medien und zeigte, wie spannungsgeladen es auch in den Lehrer*innenzimmern sein kann.

Verschiedene Player*innen im Kanton Zürich wurden daraufhin aktiv: Die Pädagogische Hochschule begann bereits nach den ersten Vorfällen darüber nachzudenken, welche Unterstützung die Schulen benötigten. Ende Februar 2024 – wenige Tage vor dem Messerangriff des Jugendlichen – ging die Website der PH Zürich „Nahostkonflikt: Unterstützung für Schulen“ online (Pädagogische Hochschule Zürich). Gleichzeitig reichten Mitglieder des Kantonsrats als Reaktion auf diese Vorfälle ein dringliches Postulat ein und forderten einen Aktionsplan gegen Antisemitismus und Rassismus an Schulen (Kantonsrat Zürich, 2024). Nahezu parallel dazu richtete das Schul- und Sportdepartement der Stadt Zürich eine „Meldestelle für Antisemitismus, Rassismus, interreligiöse Konflikte und Radikalisierung an Schulen“ ein. Die verschiedenen Vorfälle an den Zürcher Schulen wurden auch an der Pädagogischen Hochschule Zürich intensiv diskutiert. Eine interdisziplinäre Projektgruppe formierte sich an der Hochschule aus

dem Engagement heraus, Lehrpersonen, Schüler*innen und Schulen im Umgang mit diesen Spannungen zu unterstützen. Klar war, dass eine Website allein nicht ausreichen würde, um die Schulen zu einem konstruktiven Umgang mit diesen komplexen Konflikten und Fragestellungen zu befähigen. Auch herrschte Einigkeit darüber, dass die Pädagogische Hochschule als Institution der Mehrheitsgesellschaft schnell in eine paternalistische Position verfallen könnte, aus welcher „gute Ratschläge“ für die Schulen „im Umgang“ mit den primär adressierten Minderheiten (muslimische und jüdische Gemeinschaften) entwickelt werden. Eine weitere Gefahr bestand darin, vordergründig „neutral“ aufzutreten, implizit jedoch „Muslime“ vorrangig als potenzielle Träger extremistischer Ideologien und jüdische Schüler*innen primär als Opfer zu behandeln. Und ganz grundsätzlich wollten wir als Projektgruppe der PH Zürich eine Reduktion auf „Identitätspolitik“ vermeiden, in der Menschen mit individuellen Lebensgeschichten und komplexen Lebenssituationen auf ihre Religionszugehörigkeit, ihre Herkunft oder ihr Geschlecht reduziert werden.

Aus diesen Überlegungen entwickelte sich die Idee, eine Vision ins Zentrum zu stellen und nicht Konflikte und damit assoziierte Begriffe oder Maßnahmen. Daraus entstand das Projekt „In Frieden lernen“, das gemeinsam von der Bildungsdirektion des Kantons Zürich, der Stadt Zürich und der Pädagogischen Hochschule Zürich finanziert wird. Im Zentrum des Projekts steht die Frage: Wie können in der Schule Unterricht, das Zusammenleben und der Umgang mit den gegenwärtigen und zukünftigen Spannungen gestaltet werden, damit alle Kinder in Frieden lernen können? Mit dieser Positionierung des Projekts soll eine Rückbesinnung auf die allgemeingültigen Grundlagen der Volksschule ermöglicht werden, anstatt verschiedene, widersprüchliche Positionen und Empfehlungen zum Umgang mit „jüdischen Kindern“ oder „muslimischen Jugendlichen“ abzuarbeiten. Gestützt auf eine breite Trägerschaft und mittels aktiver Co-Creation – verstanden als partizipativer, dialogorientierter Entwicklungsprozess, bei dem Akteursgruppen mit unterschiedlichen Perspektiven und Ressourcen gleichberechtigt an der Identifikation von Problemfeldern, der Formulierung von Zielen sowie der Gestaltung von Inhalten, Arbeitsweisen und Produkten mitwirken – sollen tragfähige, kontextsensitive Lösungen erarbeitet werden. Neben der Bildungsdirektion des Kantons Zürich, der Stadt Zürich und dem Schulpsychologischen Dienst sind am Projekt auch verschiedene jüdische und muslimische Glaubens-

gemeinschaften beteiligt sowie Vereine und NGOs, die sich dem interreligiösen Dialog annehmen und sowohl Aktivitäten zur Prävention als auch Intervention anbieten.

Das Projekt „In Frieden lernen – Maßnahmen zur Förderung der Toleranz und gegen Diskriminierung“ möchte Schulen als Orte stärken, an denen alle Beteiligten – Schüler*innen, Lehrpersonen, Schulleitungen und Eltern – die Fähigkeit und die Freiheit entwickeln, in einer pluralen Gesellschaft respektvoll, dialogisch und konflikt sensibel zusammenzuleben. Junge Menschen sollen in Vielfalt aufwachsen, geprägt von unterschiedlichen religiösen, kulturellen und sozialen Hintergründen, jedoch befähigt zu einem konstruktiven und respektvollen Umgang mit Differenz. Das Projekt soll das Problem der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ bearbeiten; Ausgangspunkt ist somit die gemeinsame Erfahrung von Minoritäten und marginalisierten Gruppen; statt eines Auseinanderdividierens, markiert durch die Gegenüberstellung von „Antisemitismus“ und „antimuslimischem Rassismus“. Dabei beschäftigt vor allem die Frage, wie die Schule solchen Feindseligkeiten begegnen kann, ohne dabei vorhandene Vorurteile zu bestätigen oder sogar noch zu verstärken (Bumerangeffekt, Stereotypbedrohung). Ziel ist das gemeinsame Schaffen und Sichern der Schule als „Safe Space“ oder „befriedeter Raum“, wo sich alle Schülerinnen und Schüler sicher und unterstützt fühlen und frei sind, ihre Identität zu erkunden und ihre Gedanken zu äußern ohne Angst vor Verurteilung, Herabsetzung, „Lächerlichmachung“ oder Diskriminierung.

Grundlagen und Zugänge des Projekts

Eine grundlegende Prämisse bei Projektstart war, dass die erfolgreiche Bearbeitung der aktuellen Probleme nicht aus einer bestimmten Positionierung erreicht werden kann, sondern vielfältige Allianzen und einen gemeinsamen Verhandlungs- und Entwicklungsraum erfordert. Universalisierbare Werte bieten dabei einen gemeinsamen ethischen Boden, vorausgesetzt sie werden partizipativ entwickelt, kontextsensibel formuliert und nicht normativ von einer Instanz vorgegeben. Werte müssen konkret erfahrbar und für den Schulalltag operationalisierbar oder anwendbar werden. Dies diskriminierungsfrei zu tun, ist allerdings einfacher gesagt als getan. Dazu muss eine gemeinsame Sprache entwickelt werden, das Verbindende zusammen heraus-

gearbeitet und formuliert werden, sodass eine kohärente Wertebasis entsteht, die für Lehrpersonen, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern handlungsleitend sein kann.

Im Zentrum des einjährigen Projekts (2025) stehen universalisierbare Werte und Grundrechte, die in der Bundesverfassung der Schweiz, der Verfassung und dem Volksschulgesetz des Kantons Zürich, aber auch in den christlichen, muslimischen und jüdischen Religionsgemeinschaften verankert sind. Dazu gehören etwa der Schutz der Menschenwürde und Menschenrechte, Verbot der Diskriminierung, Respekt und Toleranz in Vielfalt, Glaubens- und Meinungsfreiheit, sowie die Förderung von Partizipation und Demokratie. Dass diese von allen Beteiligten eingefordert werden können, ist unbestritten; doch was dies in einer bestimmten Situation bedeutet und wie diese Werte handlungsleitend werden oder beim Erarbeiten von Lösungen helfen können, kann sehr unterschiedlich verstanden werden – insbesondere, da sich diese Werte und Rechte im Alltag auch widersprechen können (z. B. Meinungsfreiheit vs. Menschenwürde). Im Projekt wurden diese Werte und Grundrechte in drei Grundsätzen zusammengefasst: „Vielfalt in der Einheit leben“, „Gegenseitige Rücksichtnahme und Achtung“ und „Stärke misst sich am Wohl aller“.

Da Werte und Rechte in schulischen Kontexten oft in Spannung zueinander stehen, ergeben sich daraus spezifische Verantwortlichkeiten für Schulen und Lehrpersonen. Frieden im schulischen Sinne meint mehr als Abwesenheit von Gewalt: Er umfasst gerechte Strukturen, partizipativen Umgang und aktives Bemühen um Dialog und Konfliktfähigkeit. Die Schule wird damit zur Akteurin einer „Peace Leadership“ (McIntyre Miller & Abdou, 2018), die eine Kultur der Aushandlung und Anerkennung fördert. In einer pluralen Gesellschaft sind Schulen oft die wenigen Orte verbindlicher Begegnung. Diese soziale Verantwortung erfordert institutionelle Sensibilität: Lehrpersonen stehen in asymmetrischen Machtverhältnissen und vertreten häufig mehrheitsgesellschaftliche Normen. Werden sie dieser Rolle nicht gerecht – etwa indem sie vorschnell Situationen deuten und marginalisierte Gruppen pauschal mit Bedrohungsnarrativen assoziieren –, können sie Lernräume beschädigen und Vertrauen zerstören. Pädagogische Verantwortung bedeutet daher, Konflikte differenziert und vorurteilsbewusst zu analysieren sowie Strukturen zu schaffen, in denen Partizipation aller ermöglicht wird. Nur so können Schulen sowohl demokratische Ordnung sichern als auch individuelle Entwicklung fördern.

Neben Werten, Rechten und Verantwortlichkeiten muss auch eine Zukunftsorientierung im Sinne eines Empowerments aller Beteiligten handlungsleitend sein. Wenn Lehrpersonen als Vertretung der Mehrheitsgesellschaft und der institutionellen Macht der Schule ausgestattet vorgeben, wie Situationen zu interpretieren sind, und wie Minderheiten sich zu verhalten haben, nimmt sie ihnen die Freiheit der Mitgestaltung und engt ihre Handlungsoptionen ein. Dabei spielen auch die Erwartungen, Einstellungen und Voreingenommenheit von Lehrpersonen eine wichtige Rolle. Deshalb ist es zentral in diesem Projekt, darüber nachzudenken, wie alle Akteur*innen der Schule die Handlungsoptionen erweitern können, um „In Frieden lernen“ zu ermöglichen. Bildung soll nicht nur Wissen vermitteln, sondern Menschen dazu befähigen, ihre Potenziale in einer vielfältigen Gesellschaft zu entfalten – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Religion. Zur Fassung dieser Zukunftsperspektive und der angestrebten transformativen Lernprozesse aller Beteiligten bedient sich das Projekt des Befähigungsansatzes nach Amartya Sen (1999) und Martha Nussbaum (2011). Drei von Nussbaum benannte Capabilities (2011, S. 33–34) sind in diesem Zusammenhang besonders bedeutsam: (1) *Affiliation*: Nussbaum spricht von der Fähigkeit, als gleichwertiges Mitglied einer Gemeinschaft zu leben, ohne Stigmatisierung oder Diskriminierung. Sie betont explizit, dass Bildung Zugehörigkeit ermöglichen muss, z. B. durch kulturelle Anerkennung. (2) *Practical Reason*: Sie beschreibt dies als die Fähigkeit, sich ein eigenes Lebenskonzept zu bilden und darüber zu reflektieren. Bildungseinrichtungen sollen Räume für diese Reflexion schaffen, ohne normative Überformung. (3) *Control over one's Environment*: Dies umfasst die Möglichkeit zur politischen Mitbestimmung, also auch schulische Partizipation. Nussbaum betont, dass Teilhabe aktiv ermöglicht werden muss – nicht nur formal, sondern wirksam.

Situationsorientierung und Co-Creation

Handlungsleitend bei der Projektbearbeitung ist, dass die hier angesprochenen Herausforderungen im Bildungsbereich nicht wie bereits erwähnt aus einer Position heraus verstanden werden können, sondern zwingend multiperspektivisch bearbeitet werden müssen. Um dies zu erreichen, wurden neben der gemeinsamen Bearbeitung durch Ver-

treter*innen aus Lehrer*innenbildung, Bildungsverwaltung, Religionsgemeinschaften sowie Organisationen im Bereich interreligiösem Dialog, Gewaltprävention, Rassismusbekämpfung und Toleranz auch Fokusgruppengespräche mit Studierenden, Dozierenden, Lehrpersonen und Schulleitungen verschiedener Stufen durchgeführt. Zur Erreichung des Projektziels setzte das Projektteam gemeinsam mit allen Beteiligten zudem auf einen partizipativen, iterativen Prozess mit kontinuierlichem Dialog und Reflexion. In wiederholten Schritten wurde gemeinsam laufend Feedback integriert, flexibel auf Veränderungen reagiert und Verbesserungen wurden umgesetzt (Hoekstra & Gentili, 2023). Daraus entwickelte sich nicht nur ein gemeinsames Problemverständnis (vgl. Abschnitt „Grundlagen und Zugänge“), sondern auch eine Strukturierung des Themenfeldes. Diese Strukturierung, die gemeinsam vorgenommenen Fokussierungen und die entwickelte Bearbeitungslogik spiegeln sich auch in der entstandenen webbasierten Plattform (www.infriedenlernen.ch) und den Weiterbildungs- und Unterstützungsangeboten wider. Die Plattform soll Lehrpersonen und weiteren Akteur*innengruppen helfen, in konkreten Situationen angemessen zu handeln. So sind bei akuten Konflikten gut gemeinte Begegnungen mit Religionsvertreter*innen wenig hilfreich, aber wertvoll zur längerfristigen Förderung von Verständnis und Toleranz. Auch will die Plattform aufzeigen, welche Konsequenzen ein Nichthandeln haben kann – insbesondere angesichts der Unsicherheit vieler Lehrpersonen, lieber nichts als etwas Falsches zu tun.

Als Ausgangspunkt der Überlegungen entwickelte sich eine Orientierung an Situationen, die dann mit Fallbeispielen illustriert und bearbeitet werden. Herauskristallisiert haben sich die folgenden Situationen, in denen es zu Spannungen kommen kann. Diese können sich abspielen zwischen:

1. Kindern und Jugendlichen
2. Schüler*innen und Lehrpersonen
3. Lehrpersonen und Kollegium
4. Schule und Familie
5. Schule und Gesellschaft

Die Fallbeispiele entstammen teilweise den Fokusgruppengesprächen, teilweise den Diskussionen an Arbeitstreffen oder eigenen persönlichen Erfahrungen der am Projekt Beteiligten. Zu jedem Fallbeispiel finden sich drei Bausteine: *Was ist passiert?* – eine Schilderung

der konkreten Situation; *Einschätzung der Situation* – fachliche Analysen zu gesellschaftlichen Vorurteilen, individuellen Motiven und Interaktionsmustern; *Was kann ich tun?* – akteur*innenspezifische Handlungsoptionen für Schüler*innen, Lehrpersonen, Schulleitung oder Familien mit Verlinkungen zu Unterstützungsstellen. Ergänzt wird dies durch den Blick nach vorn: *Wie können wir längerfristig daran arbeiten?* – mit Orientierungen, Kompetenzförderung und schulischen Entwicklungsprozessen im Bereich *Aktiv werden*. Alle Fallbeispiele sind mit Materialien, Fachstellen und weiterführenden Ressourcen verknüpft, sodass praxisnahe Unterstützung und nachhaltige Ansätze für friedliches Zusammenleben in der Schule bereitstehen.

Ergänzend zu den Fallbeispielen eröffnet die Website drei weitere Zugänge. Unter „Hintergründe verstehen“ werden die Mechanismen hinter Konflikten sichtbar gemacht: Anzeichen, Interaktionsmuster und Diskriminierungsmotive helfen dabei, gesellschaftliche Vorurteile, individuelle Motive und Gruppendynamische Prozesse einzuordnen und frühzeitig sensibel zu reagieren. Der Bereich „Aktiv werden“ richtet den Blick nach vorn und zeigt, wie gemeinsame Orientierungen, Rechte und Verantwortlichkeiten das Zusammenleben in der Schule tragen können. Unter „Unterstützung und Materialien finden“ erhalten Schulen, Lehrpersonen und Familien schließlich einen Überblick über Beratungs- und Meldestellen sowie praxisnahe Angebote im Kanton Zürich, um im Bedarfsfall schnell auf Fachwissen und erprobte Werkzeuge zurückzugreifen. Alle Bereiche sind eng miteinander verknüpft, sodass die Nutzer*innen je nach Bedarf zwischen konkreten Situationen, vertiefendem Hintergrundwissen, längerfristigen Entwicklungsansätzen und praktischer Unterstützung wechseln können.

Als ein weiteres Produkt des Projekts ist eine erste Weiterbildungsreihe geplant für Lehrpersonen, Schulleitungen und weitere interessierte Fachpersonen. Diese soll an unterschiedlichen Orten (z. B. an der PH Zürich, in einer Moschee und/oder Synagoge, in einem Schulhaus, in den Büros der Vereinigung der Islamischen Organisationen in Zürich (VIOZ), in der Fachstelle für Gewaltprävention, im Kino) stattfinden, unterschiedliche Begegnungen ermöglichen und verschiedene Themen oder Fragen fokussieren. Diese Weiterbildungsreihe wird nach Bekanntmachung der Webplattform Ende 2025 lanciert. Aus diesen Begegnungen und Diskussionen könnte auch ein besseres Verständnis dazu entwickelt werden, was die Schulen als vertiefende Angebote benötigen. Erwünscht wäre, dass solche Angebote dann koordiniert

und gezielt von den verschiedenen Projektpartner*innen (weiter-) entwickelt werden. Das Projekt „In Frieden lernen“ wird daher auch noch nach dem offiziellen Projektende Ende 2025 dynamisch bleiben, da sich mit globalen Entwicklungen nicht nur die Herausforderungen rasch ändern können, sondern auch das Verständnis der verschiedenen Gruppen, die von diesen Phänomenen und Problemen betroffen sind.

Literatur

- Baumgartner, F., Hudec, J. & Fritzsche, D. (03.03.2024). Ein jugendlicher Muslim sticht in Zürich einen orthodoxen Juden nieder. Rabbiner Noam Hertig sagt: „Es hätte auch mich oder meine Kinder treffen können“. *NZZ*. Abgerufen am 20.06.2025, unter <https://www.nzz.ch/zuerich/zuerich-15-jaehriger-arabischstammiger-schweizer-sticht-orthodoxen-juden-nieder-ld.1820408>
- Donzé, R. (16.3.24). Nahostkonflikt spaltet Lehrerteam in Zürcher Schulhaus: „Es war eine geballte Ladung“. *NZZ*. Abgerufen am 20.06.2025, unter <https://www.nzz.ch/schweiz/gaza-im-lehrerzimmer-ld.1822445>
- Kantonsrat Zürich (2024). *Aktionsplan gegen Antisemitismus und Rassismus an Schulen (69/2024)*. Abgerufen am 20.06.2025, unter <https://www.kantonsrat.zh.ch/geschaefte/geschaefte/?id=3b8c3626abe8462ab0cf1a995c43503e>
- Krähenbühl, D. & Janssen, J. (3.11.23). Erneut antisemitische Graffiti in Zürich: „Das macht uns Angst“. *20 Minuten*. Abgerufen am 20.06.2025, unter <https://www.20min.ch/story/achtung-juden-erneut-antisemitische-graffitis-in-zuerich-das-macht-uns-angst-462360468286>
- McIntyre Miller, W. & Abdou, A. S. (2018). Cultivating a Professional Culture of Peace and Inclusion: Conceptualizing Practical Applications of Peace Leadership in Schools. *Frontiers in Education*, 3, Artikel 56. <https://doi.org/10.3389/educ.2018.00056>
- Nussbaum, M. C. (2011). *Creating Capabilities: The Human Development Approach*. Harvard University Press.
- Pädagogische Hochschule Zürich (o. D.). *Nahostkonflikt. Unterstützung für Schulen*. Abgerufen am 20.06.2025, unter <https://phzh.ch/ueber-die-phzh/aktuell/nahostkonflikt-unterstuetzung-fuer-schulen/>
- Sen, A. (1999). *Development as Freedom*. Oxford University Press.
- Hoekstra, J. S. C. M. & Gentili, M. (2023). *Guidebook on co-creation and reflexive policy making: Synthesis of the UPLIFT WP4 Results*. Delft University of Technology. Abgerufen am 20.06.2025, unter https://research.tudelft.nl/files/150844032/D4.8_Guidebook_on_RPA.pdf

Hollenweger Haskell, Judith, Prof. Dr.,
Professorin,
Zentrum Unterricht und Transkulturelles Lernen,
Internationale Bildungsentwicklung,
Pädagogische Hochschule Zürich.
Arbeitsschwerpunkte:
inklusive Bildung, Vergleiche von Bildungssystemen.
judith.hollenweger@phzh.ch

Weidinger, Wiltrud, Prof. Dr.,
Professorin,
Zentrum Unterricht und Transkulturelles Lernen,
Internationale Bildungsentwicklung,
Pädagogische Hochschule Zürich.
Arbeitsschwerpunkte:
überfachliche Kompetenzen,
internationale Bildungszusammenarbeit und
transkulturelles Lernen.
wiltrud.weidinger@phzh.ch